Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz der Stadt Wilhelmshaven am Mittwoch, 7. März 2018, 15:00 Uhr, Sitzungszimmer TBW - Gebäude A - 1. Etage - Zi.-Nr. 1.00 , Nr. 2/2018

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Sebastian Seidel
Ausschussmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Antje Johanna Kloster

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Naturschutzbeauftragter

beratendes Mitglied Klaus Börgmann

Es fehlten entschuldigt:
Herr Dr. Schulte
Frau Stomberg

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 06.12.2017 und 31.01.2018 (öffentlicher Teil)	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Landschaftsrahmenplan 2018	**43/2018**
4.2	Sanierung des Feuerschiffs "Weser"	**16/2018**
4.3	Antrag AfW-Fraktion: Aufgabe der Museumsschiffe - Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten	**502/2018**
4.4	Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept Initiierung eines stationsbasierten Car-Sharing-Angebotes für die Stadt Wilhelmshaven	**48/2018**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Verkündung des Landschaftsschutzgebiet WHV Nr. 88 "Barghauser See - Maade - Fort Rüstersiel"	
6	Öffentliche Anhörung	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kloster eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.
Ferner stellte sie die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Kloster beantragte für den Punkt 4.1, Landschaftsrahmenplan 2018, eine 2. Lesung. In der darauf folgenden Abstimmung wurde mit 6 Ja-Stimmen und einer Enthaltung für den Antrag gestimmt. Die Tagesordnung wurde dahingehend geändert, dass unter Punkt 3 und Punkt 7 die Genehmigung der Protokolle vom 06.12.2017 entfällt, da das Protokoll noch nicht vorliegt. Daraufhin wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 06.12.2017 und 31.01.2018 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll vom 31.01.2018 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Landschaftsrahmenplan 2018 **43/2018**

Frau Kloster las die Beschlussvorlage 43/2018 vor und bat Herrn Kohlwes um Erläuterung der Planung. **Herr Kohlwes** stellte daraufhin den Landschaftsrahmenplan 2018 vor (siehe Anlage). Im Verlauf des Vortrages ging **Herr Kohlwes** bereits auf den Punkt 5.1 ein und erläutert, dass das

Landschaftsschutzgebiet LSG WHV Nr. 88 ´Maade – Barghauser See – Fort Rüstersiel` bereits in Anlehnung an Planungsaussagen des LRP ausgewiesen wurde.
Im Anschluss an den Vortrag bedankte sich **Frau Kloster** bei Herrn Kohlwes und übergab das Wort an Herrn Leinert. Dieser bedankte sich bei Herrn Kohlwes und Herrn Marušić für die Ausarbeitung und Vorstellung des Landschaftsrahmenplans (LRP). **Herr Leinert** unterstrich zudem die Beteiligung der unteren Naturschutzbehörde an der Bauleitplanung. Ausdrücklich lobte er in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit im Bereich des Baugebietes „Potenburg“. Weiterhin, so **Herr Leinert**, gebe es auch im Bereich des Banter Sees eine gute Zusammenarbeit.
Frau Kloster gab an, dass das Vorhandensein des EU-Vogelschutzgebiets (Voslappergroden) im Kartenteil nicht deutlich herausgestellt wurde. Eine telefonische Anfrage bei Herrn Kohlwes ergab, dass die Kennzeichnung der Vogelschutzgebiete in den Karten nicht notwendig sei. **Herr Kohlwes** merkte an, dass die Nennung der Wilhelmshavener Vogelschutzgebiete an allen relevanten Stellen im Text- und Kartenteil des LRP erfolgt sei. **Herr Prof. Dr. Preuß** dankte Herrn Kohlwes für die Ausführungen und fragte, ob Landschaftsschutzgebiete aufgehoben worden seien. Hierzu gab **Herr Kohlwes** an, dass kleinere Landschaftsschutzgebiete bereits vor Jahren aufgehoben wurden, da sie die heutigen Kriterien für eine Unterschutzstellung nicht mehr erfüllen würden. Auch sei es in Zukunft möglich, so Herr Kohlwes weiter, dass ein Landschaftsschutzgebiet aufgehoben werden könnte, wenn die Schutzkriterien nicht mehr erfüllt werden. Weiterhin fragte **Herr Prof. Dr. Preuß** welchen Stellenwert die untere Naturschutzbehörde im Bereich der Bauleitplanung hätte. **Herr Kohlwes** erklärte, dass der Naturschutz ein von der Bauleitplanung zu berücksichtigender öffentlicher Belang sei. Er unterstrich die gute Zusammenarbeit mit der Stadtplanung, die allein schon durch die Verankerung der Umweltprüfung zur Bauleitplanung in der Abteilung Naturschutz / Wald / Umweltverträglichkeit ersichtlich wäre. Letztlich fragte **Herr Prof. Dr. Preuß**, ob bei neugeplanten Baugebieten auch Ortsbegehungen durch die untere Naturschutzbehörde erfolgen würde. Hierzu erklärte **Herr Kohlwes**, dass dies geschehe, z. B. im Rahmen von Bestandserhebungen, aber nicht zwingend durch die untere Naturschutzbehörde; auch Gutachter würden eingesetzt und durch die untere Naturschutzbehörde betreut.
Herr M. Harms fragte, ob die Oberflächenversiegelung zurückgegangen sei, welche Gelder für Kompensationsflächen bereitstehen und wie lange diese ausreichen und letztlich, welches Land in Europa ähnlich gut in Sachen Umweltschutz aufgestellt sei wie Deutschland. Hierzu erläuterte **Herr Kohlwes**, dass auf nationaler Ebene umwelt- und naturschutzrechtliche Belange intensiv berücksichtigt werden würden. EU-Gesetze gelten aber gleichermaßen für alle Staaten. In Sachen der Kompensationsflächen würden fortlaufend alle sich bietenden Möglichkeiten zur gezielten Erweiterung bzw. Arrondierung der Gebietskulisse genutzt und diese Flächen auch gestaltet. Dies sei zumindest mittel- bis langfristig durch entsprechende Zahlungen der Vorhabenträger gedeckt; die Stadt träte auch teilweise in Vorleistungen, um immer kurzfristig erforderliche Kompensationsflächen zuordnen zu können, so **Herr Kohlwes**. Genaue Zahlen zur Größenordnung der Versiegelung konnte **Herr Kohlwes** nicht darlegen, er führte aber aus, dass fortlaufend zusätzliche Versiegelungen durch Siedlungsentwicklung getätigt werden und Entsiegelung noch in einem verschwindend geringen Umfang stattfinden würde. Es wäre aber unter Umständen möglich, für die Entsiegelung von Flächen Kompensationsgelder einzusetzen. Hierzu ergänzte **Herr Dr. von Teichmann**, dass auch ein Appell an die privaten Grundstücksbesitzer gehen sollte, so wenig Flächen wie möglich auf dem eigenen Grundstück zu versiegeln. Zudem fragte **Herr Dr. von**

Teichmann, ob auch der alte LRP umgesetzt wurde. Hierzu führte **Herr Kohlwes** aus, dass nicht alles umgesetzt werden konnte. Er wies beispielhaft darauf hin, dass der Voslapper Groden unter Schutz gestellt wurde. Alles ließe sich allerdings nicht steuern, da aufgrund fehlender Voraussetzungen, aber auch aufgrund Personalmangels nicht alles in Angriff genommen werden könne, was der Naturschutzfachplan vorschlägt. Letztlich fragte **Herr Dr. von Teichmann**, ob nun ein Stufenplan erarbeitet werden würde, um den LRP umzusetzen bzw. darauf aufzubauen. Laut **Herrn Kohlwes** ist dies das Ziel, vieles unterliege aber einer Abwägung aufgrund unterschiedlicher Nutzungsinteressen. Abschließend ergänzte **Herr Leinert**, dass der LRP als Abwägungsgrundlage des neu aufzustellenden Flächennutzungsplanes dienen würde. Weiterhin, so **Herr Leinert**, würde durchaus schon i. S. naturschutzfachplanerischer Vorstellungen gehandelt. So sei nordwestlich der Maade keine weitere Bebauung geplant.

Beschluss:

-vertagt-

4.2 Sanierung des Feuerschiffs "Weser" **16/2018**

Sanierung des Feuerschiffs „Weser“
Herr Marušić präsentierte die Sanierungspläne des Feuerschiffs „Weser“ (siehe Anlage). **Frau Kloster** bedankte sich bei Herrn Marušić und übergab das Wort an Herrn Seidel. Dieser fragte, warum es möglich sei, für das Emder Feuerschiff „Amrumbank“ jeweils zwei Millionen Euro Fördergelder vom Land Niedersachsen bzw. vom Bund zu beantragen. Ferner erkundigte sich **Herr Seidel**, ob es möglich sei, die „Kapitän Meyer“ als fahrendes Objekt zu nutzen, da seinerzeit eine Fahrtüchtigkeitsprüfung erfolgreich abgelegt wurde. Hier erklärte **Herr Marušić,** dass es schwierig sei eine neue Fahrtüchtigkeitsprüfung erfolgreich abzulegen, da die Fahrtüchtigkeit nach den heute geltenden Rechtsvorschriften abgelegt werden müsse. Weiterhin müsste eine Crew das Schiff bedienen. Eine Bezahlung der Crew würde sich laut **Herr Marušić** allerdings nicht finanzieren.
Ergänzend fügte **Herr Marušić** hinzu, dass das Feuerschiff „Weser“ historisch gesehen eher mit dem Küstenmuseum in Verbindung gebracht werden könnte. Zudem sei der Vorschlag der Verwaltung sich auf ein Schiff zu konzentrieren, da zum Erhalt beider Schiffe erhebliche finanzielle Mittel aufgebracht werden müssten.
Zum Feuerschiff „Amrumbank“ sagte **Herr Marušić,** dass sich das Schiff in Besitz eines gemeinnützigen Vereins befinden würde und es somit leichter sei, Fördergelder zu akquirieren.
Letztlich fragte **Herr Seidel**, ob die „Kapitän Meyer“ von der Stadt erworben wurde. Dieses bestätigte **Herr Marušić,** das Schiff sei 1984 in den Besitz der Stadt übergegangen. Auch sei das Schiff über 30 Jahre von einem Verein gepflegt worden. Dieses sei allerdings heute nicht mehr möglich.
Herr Prof. Dr. Preuß spricht sich vehement für den Erhalt beider Schiffe aus. Er plädiert dafür, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, beide Schiffe zu sanieren.
An einer darauf folgenden Diskussion beteiligten sich **Frau Zaage, Herr Marušić, Frau Kloster, Herr M. Harms, Herr Prof. Dr. Preuß, Herr Leinert, Herr Stoermer und Herr Dr. von Teichmann**. Das Ergebnis der Diskussion war, dass **Frau Kloster** einen Änderungsantrag einbrachte und zur Abstimmung gab. Der Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 16/2018 sah vor, dass der letzte Absatz als Extrapunkt ausgegliedert werden sollte. Dementsprechend sollte, angelehnt an den Kulturausschuss, eine getrennte Abstimmung über die zu sanierenden Schiffe erfolgen.
1. Teil: Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 16/2018 von Frau Kloster: Der letzte Absatz wird extra als Punkt 2 gegliedert. Es findet eine getrennte Abstimmung statt.

Begründung: Angelehnt an den Kulturausschuss ist eine getrennte Abstimmung über die jeweiligen Schiffe erwünscht.
Beschluss: einstimmige Zustimmung.

2. Teil: Änderungsantrag der FDP: Die Verwaltung wird beauftragt, gemäß Ratsbeschluss vom 16.08.2017 (geänderte Beschlussvorlage 184/2015) zu verfahren und die jetzt erarbeiteten Voraussetzungen zur Erhaltung des Feuerschiffes „Weser“ auch für den Tonnenleger „Kapitän Mayer“ zu schaffen. 2. Die Begründung wird wie folgt geändert: *Satz 1 bleibt erhalten.* Die Verwaltung hat es trotz eines klaren Ratsbeschlusses vor 8 Monaten nicht geschafft, ein entsprechendes Konzept auch für die Erhaltung der „Kapitän Meyer“ in Wilhelmshaven zu entwickeln und wird dies nun in Kürze nachholen und den Ausschüssen und dem Rat vorlegen.
Beschluss: vier Stimmen dafür und drei dagegen, mehrheitliche Zustimmung.

4.3 Antrag AfW-Fraktion: Aufgabe der Museumsschiffe - Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten **502/2018**

Frau Kloster las den Antrag der AfW-Fraktion vor und ließ darüber abstimmen.
Das Ergebnis war eine einstimmige Ablehnung.

Beschluss:

-einstimmig abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven möge die Aufgabe der Museumschiffe Weser und Käpitän Meyer beschließen: Die beiden Schiffe sind zu verkaufen, wenn nicht möglich zu verwerten.

Begründung :
Nach erneuter gründlicher Überlegung ist die gesamte Situation der Schiffe in den letzten Monaten noch schwieriger geworden: Die erheblichen Kosten für die Sanierung und die jährlichen Unterhaltungskosten würden den Haushalt zu sehr belasten. Die Gesamtsituation lässt daher erkennen, dass beide Museumsschiffe nicht erhalten bleiben

4.4 Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept **48/2018**
Initiierung eines stationsbasierten Car-Sharing-Angebotes für die Stadt Wilhelmshaven

Vorab erklärte **Frau Zaage**, dass sie sich aufgrund von Befangenheit nicht an der Abstimmung beteiligen werde.
Herr Lachmund präsentierte daraufhin das Car-Sharing-Angebot (siehe Anlage). Frau Kloster fragte die anwesenden Ausschussmitglieder, ob es Einwände gäbe, Herrn Wortmann das Wort zu erteilen. Dieses war nicht der Fall.
Ergänzend fügte **Herr Wortmann**, hauptberuflicher Vizepräsident der Jadehochschule, an, dass viele der 4.500 Studenten Pendler seien und weite Wege nach Wilhelmshaven fahren müssten. Er forderte, dass mehr Wohnraum für Studenten in Wilhelmshaven geschaffen werden müsse. Davon würde dann auch das Car-Sharing-Angebot profitieren.
Laut **Herrn Wortmann** möchte sich die Jade Hochschule gerne am Car-Sharing-

Angebot beteiligen. Derzeit werde geprüft, wie sich dies im Haushalt abbilden lässt.
Herr M. Harms fragte, wie viele Autos zunächst angeschafft werden sollen und wo die Standorte der PKW´s sind. Weiterhin wollte **Herr M. Harms** wissen, ob die Autos an die Standorte zurückgebracht werden sollen. Hierzu erläuterte **Herr Lachmund**, dass zunächst vier Standorte mit jeweils zwei Autos geplant seien. Diese würden in fußläufiger Entfernung zu den Ankermietern befinden (Sparkasse Theaterplatz, Jade Hochschule/Klinikum, Rathaus, ein vierter Standort wird noch gekannt gegeben). Da es sich um ein stationsbasiertes Angebot handelt, müssten die Autos nach Benutzung an die Standorte zurückgebracht werden, so **Herr Lachmund** weiter.
Abschließend las Frau Kloster den Beschlussvorschlag vor und ließ darüber abstimmen. Das Ergebnis war eine einstimmige Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Es wird folgender Letter of Intent mit der Jade Hochschule geschlossen.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Verkündung des Landschaftsschutzgebiet WHV Nr. 88 "Barghauser See - Maade - Fort Rüstersiel"

Herr Kohlwes berichtet, dass das Landschaftsschutzgebiet durch Veröffentlichung am 07.02.2018 im Niedersächsischen Ministerialblatt am 08.02.2018 Rechtskraft erlangt hat.

6 Öffentliche Anhörung

Keine Beiträge

Herr Heinemann fragte, wann die nächste ULB Sitzung angesetzt werden würde, da am 4. April 2018 eine Sondersitzung des Rates geplant sei. Laut **Herr Marušić** würde das schnellstmöglich geklärt, evtl werde die nächste Sitzung um eine Woche auf den 11. April 2018 verschoben.

Frau Kloster fragte, warum um den im Bau befindlichen Kreisel am Klinikum so viele Bäume gefällt worden seien.
Zu der Fällaktion konnte **Herr Marušić** erklären, dass für den Bau des neuen Kreisverkehrs eine Umfahrung der Baustelle nötig sei. Hierzu wurden die Bäume gefällt, um eine Behelfsstraße zu bauen. Nach der Fertigstellung des Kreisverkehrs würde die Straße wieder zurück gebaut und die Fläche wieder aufgeforstet.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:25 Uhr

Leinert Stadtbaurat	Kloster Vorsitzende	Harms Protokollführer